

IX. Die Projektarbeit der FES in Polen und Mittel- und Osteuropa

1. Die Stiftung in Mittel- und Osteuropa

Die Kooperationsbeziehungen mit osteuropäischen Partnern vor 1989

Zwar bekam die FES erst nach dem politischen Umbruch im Jahr 1989 die Möglichkeit, sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas mit ihrer gesellschaftspolitischen Projektarbeit zu etablieren, doch war ihr auch zu Zeiten des Kalten Krieges der Zugang zu dieser Region nicht gänzlich verschlossen. Auch wenn die Durchführung konkreter, in den einzelnen Ländern ansässiger Projekte nicht möglich war, versuchte die Stiftung doch stets, den Informations- und Gedankenaustausch mit Partnern aus Mittel- und Osteuropa zu fördern. Zu osteuropäischen Institutionen und Organisationen suchte die Stiftung bereits in den 1960er Jahren Kontakte, die nach Einleitung der neuen Ostpolitik durch die Bundesrepublik Anfang der 1970er Jahre weiter intensiviert wurden.⁸⁵²

Bereits Ende der 1960er Jahre empfing die Stiftung in Bonn regelmäßig Besuchsdelegationen von GewerkschafterInnen und JournalistInnen aus verschiedenen osteuropäischen Ländern, denen die Möglichkeit zum offenen Dialog mit deutschen Partnern gegeben wurde. Diese Veranstaltungen, in deren Mittelpunkt in den Anfangsjahren die Begegnung und der Austausch zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Themen standen, wurden im Laufe der Jahre sowohl umfangreicher als auch thematisch stärker spezifiziert. Im Jahr 1972 kamen neben Journalistendelegationen aus Polen und Ungarn erstmals auch zwei sowjetische Delegationen auf Einladung der FES nach Deutschland, um über konkrete Themen der deutschen Ostpolitik zu diskutieren. Bei der Organisation und Durchführung dieses Journalistenaustausches, im Rahmen dessen auch deutschen JournalistInnen die Möglichkeit zu Informationsbesuchen in Osteuropa gegeben wurde, kooperierte die Stiftung mit Medienverbänden, Presseagenturen und Journalistenschulen der jeweiligen Partnerländer. Im Laufe der 1970er Jahre weiteten sich diese Kooperationsbeziehungen auf weitere Länder, wie etwa die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien aus, womit der Journalistenaustausch, der nach Ansicht der Stiftung „angesichts wachsender Imponderabilien als flankierende vertrauensbildende Maßnahme zur Entspannungspolitik der Bundesrepublik unerlässlich ist“⁸⁵³, zu einem der umfangreichsten Dialog- und Austauschprogramme der FES mit osteuropäischen Partnern wurde.⁸⁵⁴

⁸⁵² Vgl. FES: Jahresbericht 1978, S. 99; Ibid. 1980, S. 119; Ibid. 1983, S. 77f.; Ibid. 1984, S. 86, 110.

⁸⁵³ Ibid. 1981, S. 45.

⁸⁵⁴ Vgl. Ibid. 1969, S. 16; Ibid. 1970, S. 39; Ibid. 1972, S. 70f.; Ibid. 1973, S. 72; Ibid. 1975, S. 75; Ibid. 1976, S. 66; Ibid. 1977, S. 79; Ibid. 1978, S. 102f.; Ibid. 1980, S. 121. Der Austausch mit sowjetischen JournalistInnen

Eine weitere wichtige Verbindungslinie der FES nach Osteuropa war die Förderung junger WissenschaftlerInnen, denen die Stiftung im Rahmen von Postgraduiertenstipendien mehrmonatige Forschungsaufenthalte in der Bundesrepublik ermöglichte. Während 1976 noch 18 Stipendien an ungarische und polnische Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen vergeben wurden, baute die FES ihr Programm im folgenden Jahrzehnt kontinuierlich aus, so dass Mitte der 1980er Jahre bereits 60 WissenschaftlerInnen aus Polen, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien sowie der Tschechischen Republik gefördert werden konnten. Neben der Unterstützung des Journalistenaustausches und der Förderung von WissenschaftlerInnen, die die eindeutigen Schwerpunkte der FES-Aktivitäten bezüglich Osteuropa darstellten, suchte die Stiftung auch stets Kontakte zu Medienorganisationen und Kulturinstitutionen verschiedener osteuropäischer Länder, mit denen gemeinsam sie den kulturellen Austausch und dabei insbesondere die Förderung der deutschen Sprache und des kulturellen Lebens der deutschen Minderheiten zu unterstützen versuchte.⁸⁵⁵

Eine ihrer intensivsten Kooperationsbeziehungen zu osteuropäischen Ländern unterhielt die FES in den Jahrzehnten des Kalten Krieges mit Polen. Neben der regen Einbeziehung polnischer JournalistInnen und WissenschaftlerInnen in ihre Austausch- und Stipendienprogramme organisierte die Stiftung zahlreiche weitere Begegnungs- und Diskussionsveranstaltungen zwischen deutschen und polnischen ExpertInnen, PolitikerInnen und GewerkschafterInnen. Eine prominente Stellung nahm dabei der Dialog mit VertreterInnen der Gewerkschaft *Solidarność* ein, der die FES stets im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung gewährte und somit in Opposition zu der von der deutschen SPD vertretenen Linie agierte, die Kontakte zur *Solidarność* bis 1989 weitgehend mied. 1977 unterzeichnete die FES einen Kooperationsvertrag mit dem Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten, mit dem sie in den Folgejahren Konferenzen, Gesprächskreise und Studienreisen zu Themen wie beispielsweise die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, politische und gewerkschaftliche Erwachsenenbildung sowie zu weiteren Möglichkeiten der wissenschaftlichen Kooperation zwischen Deutschland und Polen durchführte. Nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Jahr 1981 unterbrach die FES zunächst ihre Zusammenarbeit mit polnischen Partnern, die jedoch Mitte der 1980er Jahre wieder in vollem Umfang aufgenommen wurde und sich bis zum politischen Umbruch 1989 weiter intensivierte. Die im Rahmen dieser Aktivitäten geknüpften Kontakte, insbesondere zu VertreterInnen der *Solidarność* sowie zu StipendiatInnen,

wurde allerdings nach dem Aufbau erster Kontakte Anfang der 1970er Jahre zunächst wieder eingestellt. Erst ab 1983 konnte die FES den Kontakt zum sowjetischen Journalistenverband wieder herstellen und ein entsprechendes Austauschprogramm neu initiieren. Vgl. FES: Jahresbericht 1983, S. 78; Ibid. 1984, S. 111.

⁸⁵⁵ Vgl. Ibid. 1976, S. 67; Ibid. 1977, S. 77ff.; Ibid. 1978, S. 103; Ibid. 1979, S. 112ff.; Ibid. 1980, S. 121; Ibid. 1982, S. 62; Ibid. 1983, S. 94; Ibid. 1984, S. 111f.; Ibid. 1986, S. 90.

die nach 1989 zum Teil hohe Regierungsämter bekleideten, waren für die FES wichtige Anknüpfungspunkte für die Aufnahme der Projektarbeit in Polen nach Ende des Kalten Krieges.⁸⁵⁶

Die vielfältigen Anforderungen an die FES nach dem Umbruch

Bereits Ende des Jahres 1989 eröffnete die FES Vertretungen in Moskau, Warschau und Budapest, die von entsandten AuslandsmitarbeiterInnen aufgebaut und geleitet wurden. Sehr bald etablierte sich die Stiftung mit eigenen Büros auch in Prag sowie in den baltischen Staaten und ist seit Ende der 1990er Jahre fast flächendeckend in den Ländern Mittel- und Osteuropas vertreten. Eine Besonderheit der FES-Präsenz in zahlreichen Ländern Südosteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens ist die Einrichtung von Büros, die nicht von entsandten deutschen MitarbeiterInnen, sondern von Ortskräften geleitet werden. Da für ein solches Netz von Ortskraftbüros bereits aufgrund der niedrigeren Personalkosten deutlich geringere finanzielle Ressourcen eingesetzt werden müssen als für die traditionellen, von deutschen AuslandsmitarbeiterInnen geleiteten Vertretungen, erlaubt dieses Konzept der Stiftung, trotz des Rückgangs der Finanzmittel seit Mitte der 1990er Jahre, doch in möglichst vielen Ländern Osteuropas präsent zu sein.⁸⁵⁷

Das übergeordnete Ziel der Stiftungsarbeit in Mittel- und Osteuropa war ab 1989 die Förderung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation, wozu die FES in so gut wie allen Ländern den Aufbau freier Gewerkschaften, die Stabilisierung des Parteiensystems, die Formulierung und Umsetzung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, Verfassungsreformen, Rechtsstaatlichkeit, Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung sowie den Aufbau unabhängiger Medien und die Stärkung von Forschungseinrichtungen förderte.⁸⁵⁸ Die Art und Weise der konkreten Bearbeitung dieser Themenfelder unterschied sich in den einzelnen Ländern und Regionen jedoch beträchtlich, da diese neben gemeinsamen Rahmenbedingungen, wie etwa die ideologischen Relikte des Sozialismus, desorganisierte oder nicht vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen sowie große Instabilitäten in Regierung und Parteiensystem⁸⁵⁹, doch sehr verschiedene Strukturen und Problemlagen aufwiesen.

Beispielsweise existierten in zahlreichen Staaten Zentralasiens und des Kaukasus noch viele Jahre nach dem Umbruch nur rudimentäre demokratische, marktwirtschaftliche und

⁸⁵⁶ Vgl. Dakowska 2001, S. 19; Interviews 1, 10, 28; FES: Jahresbericht 1976, S. 67; Ibid. 1977, S. 79; Ibid. 1979, S. 112f.; Ibid. 1980, S. 121; Ibid. 1984, S. 86; Ibid. 1985, S. 81.

⁸⁵⁷ Vgl. Ibid. 1989, S. 8, 36, 52; Ibid. 1990, S. 12; Ibid. 1991, S. 56; Ibid. 1992, S. 46; Ibid. 1997, S. 45.

⁸⁵⁸ Vgl. Ibid. 1989, S. 10; Ibid. 1990, S. 10; Ibid. 1991, S. 21, 59; Ibid. 1993, S. 8, 47; Ibid. 1994, S. 35; Ibid. 1996, S. 47; Ibid. 1998, S. 57; Pascher 2002, S. 112; www.fes.de/international/moe.

⁸⁵⁹ Vgl. dazu Kap. IV.2.3.1.

dementsprechende gesellschaftliche Strukturen, deren Entwicklung zusätzlich durch ethnische und territoriale Konflikte erschwert wurde. Während all diese Länder noch vor dem politischen Umbruch als „planwirtschaftliche Industrieländer“ dem industrialisierten Norden zugeordnet worden waren, bildeten sie nun einen ökonomisch fließenden Übergang zur Dritten Welt und wurden in die Kategorie der Entwicklungsländer eingeordnet.⁸⁶⁰ Doch nicht nur hinsichtlich ökonomischer Indikatoren, wie etwa sehr niedriges Volkseinkommen, Fixierung auf Rohstoffexporte und Dominanz der Landwirtschaft, zeigten sich diese Länder als Entwicklungsländer, sondern wiesen auch in Bereichen wie Parlamentarismus, Dezentralisierung, soziale Absicherung, gesellschaftliche Pluralität sowie Menschenrechte und Minderheitenschutz Merkmale auf, wie sie Entwicklungsländern entsprachen. Zur Behebung der Defizite in diesen, für die Arbeit der politischen Stiftungen relevanten Bereichen, musste die FES, stets unter Berücksichtigung der aus der sozialistischen Vergangenheit resultierenden und sich damit von Entwicklungsländern des Südens unterscheidenden Rahmenbedingungen, sehr grundlegende Arbeit zu Aufbau und Stärkung von Gewerkschaften, Parteiensystemen, politischen Institutionen, Medien und NRO sowie auf den Gebieten der Konfliktprävention und Friedensförderung leisten.⁸⁶¹

Dagegen vollzog sich die Entwicklung von Ländern wie etwa Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei, die unter anderem aufgrund der geringeren Ausprägung ethnischer Konflikte, eines weit stabileren Staatsapparates, einer klaren Westorientierung sowie der umfangreichen internationalen Hilfe weit bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation aufwiesen⁸⁶², in deutlich größeren Schritten und bewegte sich ab Mitte der 1990er Jahre bereits hin in Richtung eines EU-Beitritts. Aufgabe der FES in diesen Staaten war schon nach wenigen Jahren nicht mehr die Förderung des Aufbaus, sondern der Konsolidierung der formal etablierten demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen sowie deren Anbindung an Deutschland und Westeuropa. Beispielsweise konzentrierte sich die Stiftung in der Zusammenarbeit mit den dortigen politischen Institutionen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen schon sehr bald nicht mehr auf Information und Schulung zu Grundlagenthemen, wie etwa zum Organisationsaufbau und zu handwerklichen Fragen des Entwurfs von Gesetzen und Verfassungen, sondern auf eine anspruchsvolle und teilweise sehr

⁸⁶⁰ 1993 nahm das Development Assistance Committee, der Entwicklungshilfesausschuss der OECD, die kaukasischen und zentralasiatischen Republiken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in die Liste der ODA (Official Development Assistance)-berechtigten Länder auf. Vgl. dazu Nuscheler 1996, S. 86.

⁸⁶¹ Vgl. www.fes.de/international/moe; Pogorelskaja 1997, S. 120.

⁸⁶² Zu diesen und weiteren für eine Transformation günstigen Voraussetzungen der mitteleuropäischen Länder siehe Kollmorgen 2003, S. 26, 28, 34.

fachspezifische Qualifizierung der Partner in bestimmten Politikfeldern sowie auf deren Zusammenarbeit mit deutschen und europäischen Partnerorganisationen.⁸⁶³

Aufgrund dieses großen Ost-West-Gefälles in der Entwicklung der postsozialistischen Länder, in dem die EU-Beitrittsländer Mittelosteuropas einerseits und die zentralasiatischen Länder andererseits als die beiden äußersten Pole angesehen werden können, musste die FES sehr unterschiedliche Arbeitsansätze wählen. Während noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Arbeit der politischen Stiftungen in Zentralasien gemäß Pogorelskaja in vielen Aspekten der Stiftungstätigkeit in Entwicklungsländern des Südens glich, sah Bartsch deutliche Parallelen zwischen dem politischen Dialog, den die Stiftungen zum einen mit westlichen Industrieländern und zum anderen ab etwa Mitte der 1990er Jahre mit den EU-Beitrittskandidaten in Mittelosteuropa führten.⁸⁶⁴ Der FES war es daher in Mittel- und Osteuropa ebenso wenig wie in Lateinamerika möglich, neben den Vorgehensweisen in einzelnen Ländern ein für die gesamte Region gültiges Arbeitskonzept zu entwerfen, welches über die Definition des übergeordneten Zieles, Aufbau und Konsolidierung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen zu fördern, sowie über die Absteckung der allgemeinen Arbeitsbereiche, die sich kaum von denen in Schwellen- und Entwicklungsländern des Südens unterschieden, hinausgegangen wäre. Die Stiftung arbeitete daher von Beginn an im Rahmen von Länder- und Regionalkonzepten, die, wie am Beispiel der FES-Arbeit in Polen gezeigt werden kann, aufgrund der großen Unsicherheiten und sehr dynamischen Veränderungen, die die Transformation insbesondere in den Anfangsjahren mit sich brachte, zunächst in weiten Teilen nur sehr vage formuliert werden konnten und erst gegen Mitte der 1990er Jahre ein klareres Profil bekamen.

2. Die Tätigkeit der FES in Polen

Bereits Ende des Jahres 1989 eröffnete die FES ein Büro in Warschau, welches neben den Vertretungen in Moskau und Budapest eines ihrer ersten Büros in Mittel- und Osteuropa war. Nachdem die Stiftung im ersten Jahr ihrer Tätigkeit in Polen ihre gesamte dortige Arbeit ausschließlich aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert hatte, kamen 1991 Projektmittel des BMZ hinzu, was es der FES erlaubte, ihre Aktivitäten in zunächst drei Projekte einzuteilen. Weiterhin vom Auswärtigen Amt wurde das nun neu zugeschnittene Projekt „Gesellschaftspolitische Zusammenarbeit in der Republik Polen“ (AA-Projekt) finanziert, während für das Projekt „Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (WiSo-Projekt) sowie für

⁸⁶³ Vgl. www.fes.de/international/moe; FES: Jahresbericht 1990, S. 49; Ibid. 1991, S. 61; Ibid. 1992, S. 50f.; Ibid. 1994, S. 37; Ibid. 1995, S. 47; Ibid. 2000, S. 39; Ibid. 2001, S. 70; Ibid. 2003, S. 85.

⁸⁶⁴ Vgl. Pogorelskaja 1997, S. 120; Bartsch 1998, S. 191.

die „Gewerkschaftskooperation Polen“ (Gewerkschaftsprojekt) nun BMZ-Mittel eingesetzt wurden. Ab 1992 wurden diese in Warschau ansässigen Projekte durch die ebenfalls vom BMZ finanzierte „Förderung der regionalen Entwicklung in Schlesien“ (Regionalprojekt Schlesien) ergänzt, die durch ein in Oberschlesien angesiedeltes Regionalbüro mit eigenem Projektleiter koordiniert wurde. Aufgrund finanzieller Kürzungen, die eine Reduktion der Zahl der Ortskräfte sowie die Einsparung eines entsandten Auslandsmitarbeiters zur Folge hatten, war die FES gezwungen, 1994 das AA- und das WiSo-Projekt zu einem gemeinsamen Koordinationsprojekt zu verschmelzen, welches von diesem Zeitpunkt an von nur noch einem Auslandsmitarbeiter und einem reduzierten Stab von Ortskräften betreut wurde.

Während die FES bei Aufnahme ihrer Arbeit in Mexiko den eingeschränkten Handlungsspielraum, innerhalb dessen die potentiellen Partner und Tätigkeitsbereiche sehr klar definiert waren, als problematisch empfand, waren es in Polen gerade die Vielzahl möglicher Betätigungsfelder und Partnerorganisationen sowie deren äußerst dynamischer Wandel, die die Stiftung insbesondere in den Anfangsjahren vor Schwierigkeiten stellten. Eine klare Definition von Handlungsfeldern und die Ausarbeitung einer stringent zu verfolgenden Arbeitsstrategie waren unter diesen Rahmenbedingungen nur schwer möglich. Aufgrund der politischen Instabilität, die mit häufigen Regierungs- und Parlamentswechseln, starken Zersplitterungen der Parteien und einer hohen Fluktuation einzelner Akteure einherging, stand die FES stets vor der Notwendigkeit, neue AnsprechpartnerInnen zu suchen, Kontakte wieder aufzubauen und Schulungs- und Beratungsmaßnahmen insbesondere für ParlamentarierInnen, Regierungsglieder und VerwaltungsbeamtInnen neu zu beginnen.⁸⁶⁵

Im Gegensatz zur Tätigkeit in Entwicklungsländern des Südens, wo die Stiftung in aller Regel gemäß einer Projektplanung mit klar definierten Zielen und Vorgehensweisen agieren konnte, war die Arbeit in Polen, wie auch in den meisten anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, anfangs nur wenig planbar und nahm zunächst die Form von thematisch breit gestreuten Beratungs- und Bildungsmaßnahmen an, die einer Vielzahl von Gruppen, Institutionen und Organisationen angeboten wurden. Aufgrund der sich im Transformationsverlauf zunehmend konkreter herauskristallisierenden Ansprechpartner und Bedürfnislagen sowie nicht zuletzt aufgrund finanzieller Kürzungen ging die FES in Polen gegen Mitte der 1990er Jahre dazu über, ihre Maßnahmen thematisch zu spezifizieren sowie klar definierten Arbeitsbereichen zuzuordnen und ihren einzelnen Projekten somit ein klareres Profil zu geben.⁸⁶⁶

⁸⁶⁵ Vgl. dazu Grimm 1993, S. 10; FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 2; Ibid. (AA-Projekt) 1991, S. 24; Ibid. 1992, S. 24.

⁸⁶⁶ Vgl. Matzke 1997, S. 86; Interviews 1, 9, 10, 11, 13.

2.1. Die „Gesellschaftspolitische Zusammenarbeit in der Republik Polen“ (AA-Projekt) bis 1994

Das bis 1994 selbständige und vom Auswärtigen Amt finanzierte gesellschaftspolitische Projekt der FES hatte zum Ziel, „durch eine Politikberatung im weiteren Sinne, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt, zum Umgestaltungsprozess in Polen im Bereich der Politik und der politischen Institutionen, der öffentlichen Verwaltung und intermediärer Institutionen beizutragen“⁸⁶⁷. Diese sehr weit gefasste Zielsetzung untergliederte sich in verschiedene, thematisch ähnlich breit gefächerte Arbeitsschwerpunkte.

Zum einen wollte die FES einen Beitrag zur Schaffung der institutionellen und rechtlichen Grundlagen des demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems leisten. In diesem Rahmen räumte die Stiftung insbesondere der Beratung polnischer ParlamentarierInnen, die „in Fragen einer parlamentarischen Demokratie weitgehend und unvermeidlich [...] ‚Amateur‘-Status [hatten]“⁸⁶⁸, einen hohen Stellenwert ein. Praxisorientierte Schulungen durch deutsche ExpertInnen sowie Informationsreisen zum Deutschen Bundestag sollten die Abgeordneten des Sejm für ihre parlamentarische Arbeit fachlich qualifizieren. Weitere Schwerpunkte setzte die FES auf die Beratung der an der zäh verlaufenden Verfassungsdiskussion beteiligten Akteure, auf die Förderung einer Reform der polnischen Verwaltung sowie auf die Unterstützung politischer Institutionen auf kommunaler Ebene. In Ergänzung zu ihrem Gewerkschaftsprojekt setzte sich die FES im Rahmen ihres gesellschaftspolitischen Projektes ebenfalls zum Ziel, den Aufbau und die Stärkung von Arbeitgeberverbänden, die in Polen wie auch in den meisten anderen postkommunistischen Ländern nur schwach entwickelt waren und somit keine kompetenten Sozialpartner für die Gewerkschaften sein konnten, zu unterstützen.⁸⁶⁹

Die weiteren Arbeitsschwerpunkte des gesellschaftspolitischen Projekts lagen im außenpolitischen Bereich. Die Stiftung förderte zum einen die deutsch-polnischen Beziehungen und dabei insbesondere die Zusammenarbeit im grenznahen Raum. Beispielsweise unterstützte sie in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Gemeinden zu Fragen der Kommunalpolitik, der Verwaltung, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie bezüglich des Jugendaustausches. Auch Fragen zur EU-Integration Polens, wie beispielsweise die notwendige Anpassung des polnischen Rechtssystems an EU-Normen, bearbeitete die FES bereits in einzelnen Maßnahmen, die jedoch in Intensität und Umfang noch keineswegs mit den diesbezüglichen Stiftungsaktivitäten ab Mitte

⁸⁶⁷ FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1992, S. 18.

⁸⁶⁸ Ibid. 1991, S. 21.

⁸⁶⁹ Vgl. Ibid. S. 20f.; Ibid. 1992, S. 18f.; Ibid. 1993, S. 1f.; FES: AA-Antrag Polen 1994, S. 5.

der 1990er Jahre vergleichbar waren, als der EU-Integration ein eigenes Oberziel in der Projektplanung gewidmet wurde.⁸⁷⁰

In der Bearbeitung dieser Vielzahl von Themenbereichen kooperierte die Stiftung mit einem sehr breiten Spektrum an Partnern, wie etwa auf zentraler Ebene mit verschiedenen Ministerien und Fachausschüssen des Parlaments, auf kommunaler und regionaler Ebene mit Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, ebenso wie mit intermediären Institutionen wie beispielsweise Arbeitgeberverbänden und Wirtschaftskammern, gesellschaftspolitischen Organisationen wie Stiftungen und NRO sowie universitären oder auch Fachministerien angeschlossenen Forschungsinstitutionen.⁸⁷¹

Während die FES in den ersten drei Jahren ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit in Polen noch überwiegend mit Regierung, Parlament und Ämtern auf zentralstaatlicher Ebene kooperierte, verlagerte sie ihren Schwerpunkt danach auf die Zusammenarbeit mit Gemeindeverbänden sowie Kommunal- und Regionalverwaltungen und ließ damit einen ersten größeren strategischen Wandel in ihrer Projektarbeit erkennen. Die Stiftung maß bezüglich der Durchsetzung von Ordnungs- und Stabilisierungspolitik nach wie vor den zentralstaatlichen Institutionen die entscheidende Rolle bei und hielt daher ihre Kooperationsbeziehungen auf zentraler Ebene aufrecht. Gleichzeitig sah sie die im Aufbau und Reformprozess befindlichen regionalen und kommunalen Institutionen, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des zentralistisch organisierten sozialistischen Systems unterentwickelt und weitgehend handlungsunfähig waren, inzwischen als potentiell effektivste Partner für Maßnahmen zur Förderung der Dezentralisierung und insbesondere einer regionalen Entwicklungs- und Strukturpolitik. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit diesen Institutionen wollte die FES jedoch nicht nur zu deren Aufbau und Stärkung beitragen, sondern ebenso den unterentwickelten Dialog zwischen der zentralen und lokalen Ebene fördern.⁸⁷²

Bei ihren konkreten Maßnahmen innerhalb der verschiedenen Arbeitsbereiche räumte die Stiftung dem Informations- und Wissenstransfer aus Deutschland eine hohe Bedeutung ein. Durch Besuchsprogramme bei deutschen Institutionen und Organisationen, durch den Einsatz deutscher KurzzeitexpertInnen zur Durchführung von Schulungs- und Informationsmaßnahmen sowie durch Seminare und Konferenzen unter Beteiligung von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus Deutschland und Polen, beabsichtigte die FES, den polnischen Partnern relevante deutsche Erfahrungen zu Fragen der Parla-

⁸⁷⁰ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1991, S. 23; Ibid. 1993, S. 3.

⁸⁷¹ Vgl. Ibid. 1991, S. 24; Ibid. 1992, S. 23f.; Ibid. 1993, S. 2; FES: AA-Antrag Polen 1994, S. 5.

⁸⁷² Vgl. Grimm 1993, S. 9; FES: AA-Antrag Polen 1994, S. 5; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1992, S. 20f.; Ibid. 1993, S. 2; Ibid. 1994, S. 2.

mentsarbeit, Verwaltungspraxis und kommunalen Selbstverwaltung zu vermitteln. Insbesondere die im Rahmen des Reformprozesses in Ostdeutschland gewonnenen Erfahrungen sollten den polnischen VeranstaltungsteilnehmerInnen Anregungen für die Gestaltung der Reformen im eigenen Land geben.⁸⁷³

Die Kooperation mit FES-Büros weiterer Länder beschränkte sich in der Regel auf die Entsendung polnischer bzw. die Einladung ausländischer ReferentInnen zu einzelnen Veranstaltungen und fand ausschließlich mit anderen mittelosteuropäischen Ländern, insbesondere mit Ungarn und Tschechien, als auch mit westlichen Industrieländern, wie beispielsweise den USA, Spanien, Italien und Großbritannien statt. Bei der Bearbeitung von Fragestellungen zur EU-Integration kooperierte die FES in Warschau auch mit dem Stiftungsbüro in Brüssel. Eine Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern in Afrika, Asien und Lateinamerika geht aus den vorliegenden Maßnahmenlisten nicht hervor.⁸⁷⁴

2.2. Das Projekt „Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (WiSo-Projekt) bis 1994

Während in der Arbeit des AA-Projekts die Förderung institutioneller und administrativer Reformen im Vordergrund stand, wollte die FES im Rahmen des WiSo-Projekts die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Polen auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene mitgestalten. Hinsichtlich der bearbeiteten Themenfelder war dabei gerade in den Anfangsjahren eine starke Überschneidung mit dem AA-Projekt festzustellen. Auch das Partnerspektrum war dem des AA-Projekts sehr ähnlich, wobei sich der Schwerpunkt von ordnungspolitisch orientierten auf wirtschaftsrelevante Fachministerien, Parlamentsausschüsse und Forschungsakademien verlagerte.

Eine Besonderheit des WiSo-Projekts war die Förderung der Erstellung und Publikation von Expertisen zu verschiedenen Aspekten der polnischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gefördert wurden fast ausschließlich Arbeiten polnischer WissenschaftlerInnen, wodurch die Stiftung nicht nur den Transformationsprozess Polens wissenschaftlich begleiten, sondern ebenso die sozialwissenschaftliche Forschung des Landes stärken wollte, die aufgrund der Unterfinanzierung der Universitäten und des Mangels an unabhängigen Forschungsinstituten bis zur Mitte der 1990er Jahre noch stark unterentwickelt war. Während sich die Stiftung auch im Rahmen des WiSo-Projekts bis 1991 primär auf die Beratung der polnischen Zentralregierung und des Parlaments konzentrierte, gewann in den folgenden Jahren die Förderung der Regionalentwicklung und damit die Zusammenarbeit mit regionalen und auch kommunalen

⁸⁷³ Vgl. Ibid. 1991, S. 21f., 25f.; Ibid. 1993, S. 2; FES: AA-Antrag Polen 1994, S. 4.

⁸⁷⁴ Vgl. Maßnahmenlisten zum AA-Projekt der Jahre 1991 bis 1993.

Partnern an Bedeutung. Die FES förderte beispielsweise Expertisen, Seminare und Workshops zu Fragen der Umstrukturierung ehemaliger Industrieregionen, zu Entwicklungsperspektiven der regionalen KMU sowie zur Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Gebieten und verband diese Themen häufig mit umweltpolitischen Fragen.⁸⁷⁵

Weitere Themen, die die FES im Rahmen von Expertisen und Veranstaltungen auf zentraler und lokaler Ebene bearbeitete und bezüglich derer im Zuge der wirtschaftlichen Schocktherapie bei den polnischen Partnern großer Beratungsbedarf bestand, waren beispielsweise Industrie- und Agrarpolitik, polnische Steuerreform, Privatisierungsprozess und Technologieförderung. Obwohl die Konzeption des WiSo-Projektes der Förderung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen einen weitgehend gleichrangigen Stellenwert einräumte, war die große Mehrzahl der Maßnahmen auf wirtschaftliche Themen ausgerichtet. Die wenigen Veranstaltungen zu sozialpolitischen Fragen behandelten vorwiegend das Problem der Arbeitslosigkeit sowie die Reform der sozialen Sicherungssysteme.⁸⁷⁶

Laut eigener Darstellung der FES ist es der Ansatz des WiSo-Projekts, „durch Politikberatung den polnischen Partnern die Nutzung von westlichen Erfahrungen zu ermöglichen, um ihnen bei der Lösung der vielfältigen Probleme, die sich durch den Reformprozess ergeben haben, zu helfen“⁸⁷⁷. Dementsprechend nahm die Förderung des Erfahrungsaustausches mit anderen Ländern Mittel- und Osteuropas im Vergleich zur Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern, und dabei insbesondere mit Deutschland, einen untergeordneten Stellenwert ein. Vereinzelt fanden Konferenzen unter Beteiligung von VertreterInnen verschiedener mittelosteuropäischer Länder statt, in deren Rahmen gemeinsame Probleme der Region bearbeitet und teilweise auch ein bilateraler Austausch, wie etwa zwischen Polen und Ungarn sowie zwischen Polen und Tschechien, initiiert wurde. In deutlich größerem Umfang förderte die FES jedoch den Transfer von Wissen und Erfahrungen aus westeuropäischen Ländern und den USA. Beispielsweise organisierte die Stiftung zu Fragen der regionalen Strukturpolitik, der Rolle des staatlichen Sektors in der Marktwirtschaft, der Förderung des Mittelstandes sowie zum Thema umweltfreundliche Industrien verschiedene Informations- und Diskussionsveranstaltungen, im Rahmen derer PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus

⁸⁷⁵ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 2, 10, 12ff.; Ibid. 1993, S. 32; Ibid. 1994, S. 3; FES: Projektkonzeption WiSo-Projekt 1992, S. 5; Maßnahmenlisten zum WiSo-Projekt der Jahre 1991 bis 1994; Interview 10.

⁸⁷⁶ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 3, 7; Ibid. 1993, S. 32; Ibid. 1994, S. 2ff.; FES: Projektkonzeption WiSo-Projekt 1992, S. 1, 6. Wie aus den Maßnahmenlisten zum WiSo-Projekt der Jahre 1991 bis 1994 hervorgeht, fanden pro Jahr ca. 50 Veranstaltungen zu wirtschaftspolitischen Themen und maximal vier Maßnahmen zu sozialpolitischen Fragestellungen statt.

⁸⁷⁷ FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 2.

Ländern wie etwa Großbritannien, Frankreich, Dänemark und den USA den polnischen Partnern ihre Erfahrungen vorstellten.⁸⁷⁸

Die bei weitem größte Bedeutung im gesamten Maßnahmenpektrum des WiSo-Projekts nahmen jedoch Veranstaltungen ein, die auf die Kooperation und den Erfahrungsaustausch mit Deutschland ausgerichtet waren. Ein Ziel der FES war es, zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, beizutragen. In thematisch sehr spezifischen Seminaren, wie etwa zu Fragen der Absatzmöglichkeiten polnischer Agrarprodukte in Ostdeutschland, ebenso wie in inhaltlich breiter angelegten Konferenzen zur Kooperation im grenznahen Raum, gab die Stiftung den deutschen und polnischen Partnern die Möglichkeit, sowohl übergeordnete Strategien und Ziele der Zusammenarbeit sowie deren konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln.⁸⁷⁹

Einen noch größeren Raum als Maßnahmen zur Förderung einer deutsch-polnischen Kooperation nahmen Experteneinsätze, Informationsreisen sowie Beratungs- und Schulungsmaßnahmen ein, im Rahmen derer den polnischen Partnern Kenntnisse, Erfahrungen, Lösungsansätze und Technologien aus Deutschland, insbesondere aus den ostdeutschen Ländern, vorgestellt und bezüglich ihrer Relevanz für Polen gemeinsam diskutiert wurden. Beispielsweise informierten deutsche ExpertInnen VertreterInnen von Sejm und Senat über verschiedene Aspekte des deutschen Steuersystems, über die Struktur und Tätigkeit der deutschen Arbeitsämter sowie über umweltfreundliche Industriepolitik und Energiesparkonzepte in Deutschland. Zudem organisierte die FES Informationsreisen, wie etwa für polnische FinanzexpertInnen zur Frankfurter Börse sowie für WirtschaftspolitikerInnen in ostdeutsche Bundesländer und ins Ruhrgebiet, wo die polnischen Partner mit den dortigen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen und insbesondere mit den damit einhergehenden Erfahrungen vertraut gemacht werden sollten.⁸⁸⁰

⁸⁷⁸ Vgl. Ibid., S. 5; Maßnahmenlisten zum WiSo-Projekt der Jahre 1991 bis 1993.

⁸⁷⁹ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 6; FES: Projektkonzeption WiSo-Projekt 1992, S. 6; Maßnahmenlisten zum WiSo-Projekt der Jahre 1991 bis 1994. Eine Besonderheit nicht nur bezüglich dieses Arbeitsschwerpunktes, sondern innerhalb der gesamten FES-Arbeit in Polen war 1991 ein Seminar in Warschau, im Rahmen dessen ExpertInnen aus Mexiko, den USA, Polen und Deutschland die Situation in der amerikanisch-mexikanischen und der deutsch-polnischen Grenzregion in vergleichender Perspektive betrachteten und aus den Erfahrungen der USA und Mexikos Handlungsstrategien für die Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen abzuleiten versuchten. Wie aus den vorliegenden Maßnahmenlisten hervorgeht, war dies die einzige Veranstaltung, die die FES in Polen bis Mitte der 1990er Jahre in Kooperation mit einem Schwellen- oder Entwicklungsland des Südens durchführte. Vgl. FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 9; Maßnahmenliste zum WiSo-Projekt 1991, S. 3 sowie die zu dieser Veranstaltung erschienene Publikation (FES, Vertretung in Polen [Hg.]: Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung im Grenzgebiet zwischen Polen und der EG angesichts der US-mexikanischen Erfahrungen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, 1992).

⁸⁸⁰ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1991, S. 8f.; Maßnahmenlisten zum WiSo-Projekt der Jahre 1991 bis 1994.

Während also der Austausch und die Kooperation mit Deutschland und, wenn auch in geringerer Intensität, mit anderen westlichen Industrieländern in der Arbeit des WiSo-Projekts einen hohen Stellenwert einnahmen, fand bis Mitte der 1990er Jahre eine Zusammenarbeit mit anderen mittelosteuropäischen Ländern nur selten und mit Schwellen- und Entwicklungsländern des Südens bis auf eine Ausnahme in Form einer Konferenz mit mexikanischen Partnern überhaupt nicht statt.

2.3. Die „Wirtschaftspolitische, sozialpolitische und gesellschaftspolitische Förderung des Transformationsprozesses in der Republik Polen“ (Koordinationsprojekt) ab 1994

Im Jahr 1994 führte die FES aus Kostengründen ihr WiSo- und AA-Projekt in ein Koordinationsprojekt zusammen, welches von da an die Schwerpunkte beider ehemaliger Projekte sowie einige neue Arbeitsbereiche umfasste und gleichzeitig, trotz des etwas erweiterten Themenspektrums, von einem deutlicheren Projektprofil gekennzeichnet war. Sämtliche Maßnahmen ordneten sich nun in einen der vier neu konzipierten Arbeitsschwerpunkte ein, die einen klaren Zuschnitt erfuhren und seit der Einführung des Kursbogens im FES-Büro Warschau 1997 auch in Form von Oberzielen und konkreter gefassten Projektzielen formuliert und damit deutlich voneinander abgegrenzt wurden.⁸⁸¹

Die Unterstützung von wirtschafts-, sozial- und regionalpolitischen Reformen

Ein Oberziel der Stiftung war ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, „Anpassungsprozesse in Schlüsselbereichen der polnischen Transformation“⁸⁸² zu unterstützen, worunter insbesondere Maßnahmen zur Förderung von Reformen in Wirtschafts-, Sozial-, Regional- und Kommunalpolitik fielen. Im Rahmen ihrer Förderung der wirtschaftlichen Transformation konzentrierte sich die FES in ihren Publikationen, Seminaren und Schulungsveranstaltungen nun meist auf sehr spezielle und praxisorientierte Themen, wie etwa die Reform des polnischen Bankensektors und des Kreditwesens, die strukturelle Anpassung der KMU sowie auf die Schulung wirtschaftlicher Führungskräfte in modernen Marketingmethoden.⁸⁸³

⁸⁸¹ Das Koordinationsprojekt, das aus der Zusammenführung des BMZ-finanzierten WiSo-Projekts und des vom Auswärtigen Amt finanzierten AA-Projekts entstand, wurde ab 1994 von BMZ und Auswärtigem Amt gemeinsam getragen. Die FES erstellte bisher für dieses Projekt zwar nur einen Kursbogen, jedoch zwei Jahresberichte für beide Ministerien, die sich weniger in der Darstellung von Zielen und Strategien als vielmehr in der Ausführung einzelner Maßnahmen, die entweder tendenziell entwicklungspolitischen oder aber stärker außen- und sicherheitspolitischen Charakter haben, unterscheiden. In den folgenden Quellenangaben werden daher die Jahresberichte des Koordinationsprojekts, entsprechend der Betitelung wie sie die FES vornimmt, weiterhin als Jahresberichte des WiSo- und des AA-Projekts angeführt.

⁸⁸² Vgl. FES: Kursbögen Polen (Koordinationsprojekt) 1997 bis 2003.

⁸⁸³ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1994/1995, S. 4ff.; Ibid. 1997, S. 8; Ibid. (WiSo-Projekt) 1998, S. 24; FES: AA-Antrag Polen 1997, S. 6; Ibid. 1998, S. 10; FES: Fortführungsantrag Polen 1996-1998, S. 7.

Aufgrund der sich im Laufe der ersten Transformationsjahre immer deutlicher abzeichnenden hohen sozialen Kosten der wirtschaftlichen Schocktherapie und der gleichzeitig geringen Fortschritte im Aufbau eines sozialen Sicherungssystems unternahm die Stiftung im Bereich der Sozialpolitik nun deutlich mehr Aktivitäten als noch im Rahmen ihres primär auf wirtschaftliche Fragestellungen konzentrierten WiSo-Projekts. Die Publikationsreihe „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die die FES unter der Zielsetzung initiierte, politische Akteure sowie eine breite Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer bis dahin in Polen weitgehend fehlenden Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sensibilisieren, wurde ab 1996 durch einen gleichnamigen Gesprächskreis ergänzt. Themen dieser Publikationen und Diskussionen waren beispielsweise Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Instrumente zur Identifikation und Reduzierung von Armut, Aspekte der Gesundheits- und Bildungspolitik sowie die Rolle des Sozialstaats im Zeitalter der Globalisierung.⁸⁸⁴

Eine zentrale Stellung im sozialpolitischen Engagement der FES nahmen ab Mitte der 1990er Jahre Bemühungen um eine Reform des sozialen Sicherungssystems ein. Während die Stiftung auch in Maßnahmen zu anderen sozialpolitischen und auch wirtschaftlichen Themen die Vorstellung und Verwertung internationaler und insbesondere deutscher Expertise förderte, maß sie in Veranstaltungen zur Reform des polnischen Systems der sozialen Sicherung dem Erfahrungsaustausch mit anderen mittelosteuropäischen Ländern und in noch höherem Maße dem Wissens- und Erfahrungstransfer aus Deutschland eine besonders hohe Bedeutung zu. Konferenzen zum Vergleich der Sozialsysteme in Deutschland, Polen, Ungarn und Tschechien sowie Seminare zur Vorstellung und Diskussion deutscher Erfahrungen beim Aufbau eines modernen sozialen Sicherungssystems wurden ergänzt durch deutsch-polnische Parlamentariertreffen, Journalistenaustauschprogramme und Informationsreisen, im Rahmen derer die polnischen Partner mit Aufbau und Funktionsweise des deutschen Sozialsystems vertraut gemacht werden sollten.⁸⁸⁵

In ähnlichem Umfang wie im früheren WiSo-Projekt unterstützte die FES auch in ihrem Koordinationsprojekt Initiativen zur Dezentralisierung und Konzepte zur regionalen Entwicklung. Die FES setzte sich zum Ziel, zum einen die polnische Regierung bei der Ausarbeitung eines regionalpolitischen Konzeptes zu unterstützen und zum anderen den Wissensstand und die Kompetenz regionaler und kommunaler EntscheidungsträgerInnen zu fördern, indem diese mit regional- und kommunalpolitischen Instrumenten anderer europäischer Länder vertraut

⁸⁸⁴ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1996, S. 6; Ibid. 1997, S. 7; Ibid. (WiSo-Projekt) 1995, S. 4; FES: AA-Antrag Polen 1996, S. 7; Ibid. 1997, S. 6.

⁸⁸⁵ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1997, S. 8; Ibid. 1998, S. 24; Ibid. (AA-Projekt) 1997, S. 7; FES: AA-Antrag Polen 1996, S. 7.

gemacht wurden. Neben Studien und Publikationen zu neuen Konzepten der Regionalpolitik förderte die Stiftung Diskussions-, Beratungs- und Schulungsveranstaltungen, in denen Themen wie etwa Aspekte des Subsidiaritätsprinzips, des kommunalen Umweltschutzes sowie die Modernisierungspotentiale des ländlichen Raumes bearbeitet wurden. Im Rahmen von Informationsreisen und Konferenzen vermittelte die FES den polnischen Partnern regionalpolitische Konzepte und Erfahrungen insbesondere aus Deutschland und Frankreich, während der Austausch mit anderen mitteleuropäischen Ländern eine nur geringe Bedeutung einnahm.⁸⁸⁶

Die Förderung des gesellschaftspolitischen Dialogs und der Stärkung der Zivilgesellschaft

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Koordinationsprojekts lag ab Mitte der 1990er Jahre in der Förderung des gesellschaftspolitischen Dialogs und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Stiftung kooperierte dabei mit Jugendverbänden, Medien- und Frauenorganisationen sowie weiteren NRO. Zur Verdeutlichung der Rolle und Funktionsweise von NRO in demokratischen Gesellschaften organisierte die FES Studienreisen für PolitikerInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen nach Deutschland und Brüssel, veranstaltete Konferenzen zu Themen wie etwa die Gestaltung des Verhältnisses zwischen NRO und Staat und versuchte im Rahmen von Publikationen und Kurzzeitexperteneinsätzen die polnischen Partner mit Aufbau, gesellschaftlicher Position und politischen Einflussmöglichkeiten deutscher NRO vertraut zu machen. Mit dem Ziel, die inzwischen zahlreichen aber meist unprofessionell arbeitenden polnischen NRO zu modernisieren sowie in ihrer strategischen und fachlichen Kompetenz zu stärken, unterstützte die FES in Form von fachlichen Schulungen die Gründung und weitere Arbeit eines Dachverbandes von NRO.⁸⁸⁷

Während die Stiftung in den Bereichen Jugend- und Medienförderung relativ wenige Aktivitäten zeigte, spielte ab Mitte der 1990er Jahre die Stärkung der gesellschaftlichen Position von Frauen eine zunehmend gewichtige Rolle und wurde ab 1997 zu einem eigenständigen Projektziel. Die FES initiierte in Zusammenarbeit mit der Universität Warschau einen Frauengesprächskreis für Vertreterinnen von NRO, Regierungsbehörden und Medien, im Rahmen dessen die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Stellung der polnischen Frauen aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert wurde. Aus den Diskussionsveranstaltungen, die sich mit Themen wie etwa die Rolle der Frau im ländlichen Raum oder die Repräsentation von

⁸⁸⁶ Vgl. FES: Kursbogen Polen (Koordinationsprojekt) 1997; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1996, S. 6; Ibid. 1997, S. 8; Ibid. 1998, S. 4; Ibid. (WiSo-Projekt) 1995, S. 6f.; Ibid. 1997, S. 10.

⁸⁸⁷ Vgl. FES: Fortführungsantrag Polen 1999-2002, S. 6; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1996, S. 8; Ibid. (WiSo-Projekt) 1995, S. 8f.

Frauen in Parlamenten auseinandersetzen, gingen häufig Publikationen hervor, die eine breite Öffentlichkeit erreichten. Ein weiterer Schwerpunkt wurde ab 1999 die Kooperation mit polnischen Frauenorganisationen, insbesondere mit der Organisation La Strada, die vorwiegend als Beratungseinrichtung für Opfer von Frauenhandel und Prostitution arbeitete. Zusammen mit La Strada organisierte die FES Schulungen und Konferenzen zu Fragen der Vorbeugung und Bekämpfung des internationalen Frauenhandels, zu denen meist auch ReferentInnen und TeilnehmerInnen aus anderen mittelosteuropäischen Ländern und Deutschland einbezogen wurden.

Mit dem zeitlichen Näherrücken des polnischen EU-Beitritts bearbeitete die FES frauenspezifische Fragen zunehmend aus europäischer Perspektive. Ziel der FES war es, zum einen durch fachliche Informationen polnische Frauen zu befähigen, den Integrationsprozess politisch aktiv mitzugestalten, und zum anderen potentielle Kandidatinnen für die Wahl zum Europäischen Parlament zu ihrer Kandidatur zu ermutigen und in ihrer Kompetenz zu stärken. In der Durchführung entsprechender Schulungen und Workshops kooperierte die Stiftung überwiegend mit Expertinnen europäischer Institutionen wie auch mit Vertreterinnen deutscher Frauenorganisationen.⁸⁸⁸

Der Arbeitsbereich internationale Beziehungen

Neben innenpolitischen Themen bearbeitete die FES im Rahmen ihres Koordinationsprojektes auch internationale Fragestellungen, wobei zum einen das Verhältnis Polens zu seinen östlichen Nachbarländern und zum anderen die deutsch-polnischen Beziehungen im Vordergrund standen. Mit dem Ziel, eine konfliktfreie Nachbarschaft und eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen zwischen Polen und seinen östlichen und südlichen Nachbarländern zu fördern, führte die Stiftung in Konferenzen, Gesprächskreisen und Workshops politische und wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen sowie WissenschaftlerInnen aus Tschechien, der Slowakei, den baltischen Staaten, der Ukraine, Weißrussland und Russland zusammen. Während zunächst die Intensivierung bi- und multilateraler Wirtschaftsbeziehungen und die Erarbeitung gemeinsamer außenpolitischer Standpunkte die bedeutendsten Themen waren, rückten gegen Ende der 1990er Jahre mit der EU-Osterweiterung verbundene Fragestellungen, wie etwa die künftigen Möglichkeiten einer re-

⁸⁸⁸ Vgl. FES: AA-Antrag Polen 1996, S. 7; Ibid. 1997, S. 7; Ibid. 1999, S. 10; FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1999, S. 22; Ibid. 2000, S. 17; Ibid. 2001, S. 22; Ibid. (AA-Projekt) 1996, S. 12; Ibid. 2000, S. 14; Ibid. 2002, S. 23f.; Ibid. 2003, S. 16ff.

gionalen Zusammenarbeit sowie die Gefahr eines verstärkten wirtschaftlichen Auseinanderdriftens der Nachbarländer, in den Vordergrund.⁸⁸⁹

Einen noch deutlich höheren Stellenwert als die Förderung der Kooperation Polens mit seinen östlichen Nachbarstaaten nahmen in der Stiftungsarbeit ab Mitte der 1990er Jahre Bemühungen um die Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen ein. Dabei wurde der Forcierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder im Rahmen des Koordinationsprojektes eine weit geringere Bedeutung beigemessen als es in früheren Jahren im WiSo-Projekt der Fall war. Der Schwerpunkt lag bei der großen Mehrzahl der Maßnahmen nun auf den gesellschaftspolitischen Aspekten des deutsch-polnischen Verhältnisses. Die Stiftung organisierte beispielsweise deutsch-polnische Journalistenseminare, förderte Städtepartnerschaften und veranstaltete eine Vielzahl von Seminaren, Gesprächskreisen und Austauschprogrammen für deutsche und polnische ParlamentarierInnen und KommunalpolitikerInnen, in deren Rahmen aktuelle gesellschaftspolitische Themen wie auch Probleme des historischen Verhältnisses beider Länder diskutiert wurden. Die bedeutendste Rolle spielte die Zusammenführung deutscher und polnischer Jugendlicher, unter der Zielsetzung, vorherrschenden Stereotypen und Vorurteilen entgegenzuwirken. Im Rahmen von Austauschprogrammen, Diskussionsrunden und Workshops bekamen GymnasiastInnen, StudentInnen, gesellschaftlich engagierte Jugendliche und junge NachwuchspolitikerInnen aus Deutschland und Polen die Möglichkeit zur Begegnung und zum Gedankenaustausch.⁸⁹⁰

Die Unterstützung der EU-Integration Polens

Die Förderung der polnischen EU-Integration ist der Arbeitsbereich, der im Rahmen des Kooperationsprojektes seit Mitte der 1990er Jahre den größten Bedeutungszuwachs erfahren hat und spätestens mit Beginn des neuen Jahrtausends neben der Gewerkschaftskooperation die prominenteste Stellung in der gesamten FES-Arbeit in Polen einnahm. Eine der kontinuierlichsten und öffentlichkeitswirksamsten Maßnahmen zur Unterstützung des polnischen Weges in die EU war die Förderung des „EU-monitoring“, eines Gutachtens zu Fortschritten und Defiziten der polnischen Reformen in Hinblick auf die Transformation und die EU-Integration. Die ab 1997 bis zum polnischen EU-Beitritt 2004 jährlich von fünf polnischen ProfessorInnen erstellte Studie untersuchte die institutionellen, sozialen und wirtschaftlichen

⁸⁸⁹ Vgl. FES: AA-Antrag Polen 1997, S. 8; Ibid. 1998, S. 9; Ibid. 1999, S. 8; Ibid. 2000, S. 6; Ibid. 2001, S. 6f.; Ibid. 2002, S. 8; FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1997, S. 6; Ibid. 2000, S. 16; Ibid. (AA-Projekt) 1997, S. 4; Ibid. 1999, S. 26, 28; Ibid. 2002, S. 20.

⁸⁹⁰ Vgl. FES: AA-Antrag Polen 1996, S. 7; Ibid. 1998, S. 9; Ibid. 1999, S. 9; Ibid. 2000, S. 7; Ibid. 2002, S. 8; Ibid. 2003, S. 7; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1998, S. 4; Ibid. 2000, S. 15; Ibid. 2002, S. 21; Ibid. 2003, S. 14; Ibid. (WiSo-Projekt) 1998, S. 23; Ibid. 2001, S. 19, 22.

Entwicklungen des Landes sowie die Anpassungsprozesse an EU-Anforderungen.⁸⁹¹ Die Publikation des „EU-monitoring“ wurde stets ergänzt durch Seminare, Workshops und Diskussionsveranstaltungen, in denen einige in den Gutachten analysierte Reformbereiche, wie etwa die Anpassung der polnischen Agrarwirtschaft, des Rechtssystems und der öffentlichen Verwaltung, mit einem breiten Spektrum an VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nochmals bearbeitet wurden.⁸⁹²

Zur Erweiterung von Wissen und Kompetenzen bei JournalistInnen, politischen EntscheidungsträgerInnen und höheren VerwaltungsbeamtenInnen auf zentraler und regionaler Ebene führte die FES Informationsveranstaltungen zu europäischen Institutionen, Verhandlungsmechanismen und Entscheidungsprozessen durch. Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen bot die Stiftung insbesondere für junge politische Führungskräfte, um diese auf eine politische oder administrative Karriere in europäischen Institutionen vorzubereiten, sowie auf einer sehr praxisorientierten Ebene für polnische ParlamentarierInnen und VertreterInnen von Verbänden, Gewerkschaften und Medien, die mit den Mechanismen der Politikgestaltung, Meinungsbildung und des Lobbying in EU-Institutionen vertraut gemacht werden sollten. Durch die Organisation zahlreicher Informations- und Arbeitsaufenthalte für die polnischen Partner bei europäischen Institutionen in Brüssel und Strassburg, bei denen Themen wie die europäische Agrar-, Umwelt- und Gleichstellungspolitik im Mittelpunkt standen, wollte die FES nicht nur zur Stärkung der fachlichen Kompetenzen der TeilnehmerInnen beitragen, sondern ebenso die Kontakte und den Dialog zwischen polnischen Führungskräften und EntscheidungsträgerInnen auf europäischer Ebene fördern.⁸⁹³

Aufgrund der geringen öffentlichen Diskussion über EU-Themen in Polen und des niedrigen Kenntnisstandes der Mehrzahl der polnischen Bevölkerung zu europäischen Institutionen, Strukturen und Mechanismen sah es die FES neben der Schulung und Ausbildung von Führungskräften als ebenso wichtige Aufgabe an, in breiten Bevölkerungsschichten Wissen und Interesse bezüglich des europäischen Integrationsprozesses zu fördern. Breiten Raum nahm dabei die Arbeit mit polnischen SchülerInnen ein, für die Wissenswettbewerbe, Workshops und Diskussionsveranstaltungen zu Fragen des polnischen EU-Beitritts sowie zur Funktionsweise europäischer Institutionen durchgeführt wurden. Um auch Menschen in ländlichen Re-

⁸⁹¹ Siehe Hausner / Marody 1997-2001; Marody / Wilkin 2002-2004.

⁸⁹² Vgl. FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1996, S. 1ff.; Ibid. 1998, S. 3; FES: Jahresbericht Polen (WiSo-Projekt) 1995, S. 2; Ibid. 1996, S. 1f.; FES: AA-Antrag Polen 1997, S. 7; FES: Fortführungsantrag Polen 1999-2002, S. 5.

⁸⁹³ Vgl. FES: AA-Antrag Polen 1996, S. 6; Ibid. 1998, S. 7; Ibid. 2000, S. 5f.; Ibid. 2001, S. 5f.; Ibid. 2002, S. 7; Ibid. 2003, S. 5; FES: Fortführungsantrag Polen 2003-2005, S. 6; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1996, S. 2; Ibid. 1997, S. 4; Ibid. 1998, S. 3; Ibid. 1999, S. 7f.; Ibid. 2002, S. 18; Ibid. 2003, S. 14; Ibid. (WiSo-Projekt) 2000, S. 15; Ibid. 2001, S. 17.

gionen, wo der Wissensstand zu europäischen Themen vor Polens EU-Beitritt noch besonders niedrig war, zu erreichen, schulte die FES LehrerInnen, die sich in verschiedenen Regionen mit SchülerInnen, aber auch KleinunternehmerInnen, LandwirtInnen und GewerkschafterInnen zu spezifischen Themen wie etwa EU-Strukturfonds und die europäische Arbeitsmarktpolitik austauschen sollten.⁸⁹⁴

In ihren Informations- und Schulungsveranstaltungen zu EU-Themen für polnische Führungskräfte wie auch für SchülerInnen und MultiplikatorInnen setzte die FES insbesondere auf die Kooperation mit dem Stiftungsbüro in Brüssel, welches vor allem VertreterInnen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und anderer EU-Institutionen als ReferentInnen und GesprächspartnerInnen nach Polen vermittelte.⁸⁹⁵

2.4. Die „Förderung der regionalen Entwicklung in Schlesien“ (Regionalprojekt Schlesien)

Eine Besonderheit innerhalb der weltweiten FES-Arbeit, die in der großen Mehrzahl der Projektländer von nur einem, meist in der Hauptstadt angesiedeltem Stiftungsbüro koordiniert wird, war 1992 die Einrichtung eines Regionalbüros in Schlesien. Aufgrund der speziellen Problemlagen insbesondere der Region Oberschlesien, die als wirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähige und somit stark reformbedürftige Montanregion besonders unter dem vorherrschenden Zentralismus und dem damit einhergehenden Fehlen einer regionalen Entwicklungsstrategie litt und zudem aufgrund der Existenz einer zahlenmäßig starken deutschen Minderheit zusätzliches Konfliktpotential barg⁸⁹⁶, setzte sich die Stiftung zum Ziel, „einen glaubhaften Beitrag zur Entwicklung und Umstrukturierung der Region Schlesien unter Berücksichtigung der deutschen Minderheit zu leisten“⁸⁹⁷. Das Erreichen dieses Zieles setzte nach Ansicht der FES „Problemnähe, Kontinuität [und] Glaubwürdigkeit“⁸⁹⁸ der Projektarbeit voraus, weswegen es die Stiftung als notwendig ansah, dieses regionale Entwicklungsprojekt nicht von Warschau aus zu koordinieren, sondern eine eigene Vertretung vor Ort, in Gleiwitz, einzurichten, womit die FES lange Zeit die einzige ausländische Organisation mit einer institutionellen Präsenz in Schlesien war. Eine enge Kooperation mit dem Büro in Warschau und dabei insbesondere mit dem Koordinationsprojekt, welches in seinen Arbeitsschwerpunkten

⁸⁹⁴ Vgl. FES: AA-Antrag Polen 1995, S. 8; Ibid. 1996, S. 6; Ibid. 1998, S. 7; Ibid. 2001, S. 6; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1996, S. 2; Ibid. 1998, S. 3; Ibid. 1999, S. 26; Ibid. 2002, S. 18f.; Ibid. 2003, S. 12.

⁸⁹⁵ Vgl. Maßnahmenlisten zum WiSo- und AA-Projekt 1995-1996; FES: Kursbogen Polen (Koordinationsprojekt) 1997-2003.

⁸⁹⁶ Von den insgesamt über fünf Millionen EinwohnerInnen der Region Oberschlesien, d.h. der Wojewodschaften Kattowitz und Oppeln, gehören etwa 500.000 bis 1 Millionen Menschen der deutschen Minderheit an. Vgl. FES: Kursbogen Polen (Schlesien-Projekt) 1997.

⁸⁹⁷ FES: Jahresbericht Polen (Schlesienprojekt) 1994, S. 29.

⁸⁹⁸ FES: Projektantrag Schlesienprojekt 1992, S. 6.

zu Dezentralisierung und regionaler Entwicklung sehr ähnliche Ziele wie das Projekt in Schlesien verfolgte, blieb aber gewährleistet.⁸⁹⁹

Die finanziellen Kürzungen ab Mitte der 1990er Jahre zwangen nicht nur zur Einsparung von Personalstellen im Warschauer Büro, sondern auch zur Streichung der Stelle des nach Schlesien entsandten Auslandsmitarbeiters, wodurch es für die Stiftung zunehmend schwieriger wurde, als alleiniger Träger des Schlesienprojekts zu fungieren. 1997 wurde das Regionalbüro schließlich zum „Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit“ (HDPZ), dessen Projektarbeit nun gemeinsam von FES, KAS, dem Auswärtigen Amt und dem BMI finanziert wurde. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Projekts, das sich von Beginn an auf die Förderung der regionalen Entwicklung, der kommunalen Selbstverwaltung sowie des Dialogs zwischen der polnischen Mehrheits- und der deutschen Minderheitsbevölkerung konzentrierte, erfuhren durch diesen Wechsel in der Trägerschaft aber kaum Veränderungen.

Im Rahmen ihrer regionalpolitischen Aktivitäten war es Ziel der Stiftung, anstatt voneinander isolierter sektorspezifischer Reformen die Ausarbeitung integrierter regionaler Entwicklungs- und Umstrukturierungsprogramme zu unterstützen. Gemeinsam mit ihren Partnern, die sich aus Gemeinde- und Wohlfahrtsverbänden, regionalen Verwaltungseinrichtungen, NRO sowie Universitäten und Forschungsinstituten zusammensetzten, bearbeitete die FES daher nicht nur Fragen der wirtschaftlichen Strukturreformen in bestimmten Schlüsselbereichen, wie etwa im Bergbau, im Hüttenwesen sowie in der Energie- und Landwirtschaft, sondern förderte ebenso die Ausarbeitung von Reformvorschlägen für eine regionale Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik. Auch dabei räumte die Stiftung dem Wissens- und Erfahrungstransfer aus Deutschland und europäischen Institutionen eine hohe Bedeutung ein. Informationsreisen zu energie-, arbeitsmarkt- und regionalpolitischen Themen in verschiedene deutsche Städte sowie nach Brüssel sollten den polnischen Partnern nicht nur fachliche Expertise sondern ebenso Kontakte zu deutschen und europäischen Institutionen vermitteln, die als Finanzierungsquellen für weitere Projekte, die die finanziellen Möglichkeiten der FES überstiegen, gewonnen werden sollten.⁹⁰⁰

⁸⁹⁹ Vgl. FES: Projektantrag Schlesienprojekt 1992, S. 2, 15; FES: Jahresbericht Polen (Schlesienprojekt) 1994, S. 29f.

⁹⁰⁰ Vgl. Maßnahmenlisten zum Schlesienprojekt 1992-2002; FES: Jahresbericht Polen (Schlesienprojekt) 1993, S. 17ff.; Ibid. 1994, S. 36ff.; Ibid. 1996, S. 4ff; Ibid. 1997, S. 10ff.; FES: Projektantrag Schlesienprojekt 1992, S. 8ff; FES: Kursbogen Polen (Schlesienprojekt) 1997, 1998. Diese Bemühungen zeigten Erfolge als beispielsweise aus Informationsbesuchen polnischer RegionalpolitikerInnen in verschiedenen deutschen Bundesländern ein umfangreiches und längerfristiges Kooperationsprojekt zwischen einigen Städten Oberschlesiens und dem Land Nordrheinwestfalen erwuchs, im Rahmen dessen den polnischen Partnern Methoden und Instrumente der regionalen Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung im Ruhrgebiet vermittelt und auf oberschlesische Verhältnisse angepasst werden sollten. Vgl. FES: Jahresbericht Polen (Schlesienprojekt) 1993, S. 17; Ibid. 1994, S. 36f.; Ibid. 1997, S. 9.

Unter ihrem Projektziel, die Effizienz und Professionalität der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken und gleichzeitig die Standortattraktivität der oberschlesischen Gemeinden zu erhöhen, beriet und schulte die FES insbesondere KommunalpolitikerInnen und höhere BeamtInnen der Gemeindeverwaltungen zu Fragen des Personalmanagements, der Öffentlichkeitsarbeit und der Gestaltung von Imagekampagnen ebenso wie zu fachspezifischen Themen in den Bereichen Finanzverwaltung, kommunale Wirtschaftsförderung sowie Wohnungs- und Gesundheitswesen. Die FES konzentrierte sich dabei weniger auf Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen als vielmehr auf Workshops und Ausbildungsmaßnahmen. Dem Erfahrungs- und Wissenstransfer aus Deutschland und aus anderen europäischen Ländern, insbesondere Großbritannien und Frankreich, wurde dabei eine etwa gleichgewichtige Bedeutung eingeräumt.⁹⁰¹

Durch die Vorstellung unterschiedlicher Formen der kommunalen Selbstverwaltung in verschiedenen westeuropäischen Ländern, durch die Vermittlung strategischer Planungsmethoden für eine moderne Gemeindeentwicklung durch deutsche, französische und britische ExpertInnen sowie durch die Einführung in Instrumente der kommunalen Wirtschaftsförderung in Belgien und Frankreich beabsichtigte die FES offenbar, den polnischen Partnern verschiedene Modelle westeuropäischer Länder nahe zu bringen und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, daraus die für ihre Situation angemessenen und anwendbaren Aspekte auszuwählen, zu übertragen oder anzupassen.⁹⁰² Eine Vorstellung von Modellen und Lösungsmustern aus anderen Ländern Mittel- und Osteuropas oder aus Schwellenländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie ein damit einhergehender Austausch mit dortigen FES-Büros fanden dagegen nicht statt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt neben der Förderung regionaler und kommunaler Strukturen war die Stärkung der in der Region Oberschlesien ansässigen deutschen Minderheit und ihrer organisierten Vertretungen sowie die Intensivierung des Dialogs zwischen der deutschen Minderheit und der polnischen Mehrheitsbevölkerung. Um einen Beitrag zum Abbau des Konfliktpotentials zwischen beiden Gruppen zu leisten, förderte die Stiftung insbesondere die Begegnung von Jugendlichen, die sich im Rahmen von Workshops und Diskussionsrunden mit Themen des multikulturellen Zusammenlebens sowie mit Aspekten der jeweils anderen Kultur auseinandersetzen sollten. Auch hochrangige VertreterInnen von Verbänden beider Gruppen führte die FES in Konferenzen und Seminaren zusammen, um mit ihnen Themen wie etwa die Standards anderer europäischer Länder im Umgang mit Minderheiten zu disku-

⁹⁰¹ Vgl. Maßnahmenlisten zum Schlesienprojekt 1992-2002; FES: Jahresbericht Polen (Schlesienprojekt) 1994, S. 34ff.; Ibid. 1996, S. 4, 7; Ibid. 1997, S. 12.

⁹⁰² Vgl. Maßnahmenlisten zum Schlesienprojekt 1992-2002.

tieren oder auch gemeinsame Kooperationsprojekte wie beispielsweise die Gründung einer deutsch-polnischen Medienpublikation zu initiieren.⁹⁰³

Wie all ihre anderen Projekte richtete die FES gegen Ende der 1990er Jahre auch ihre Arbeit in Schlesien, nun gemeinsam mit den anderen Trägern des inzwischen gegründeten HDPZ, zunehmend auf die EU-Integration Polens aus. Sie veranstaltete Konferenzen, Gesprächskreise und Schulungsworkshops, in denen der Reformbedarf der Region in verschiedenen Politikfeldern angesichts der künftigen EU-Mitgliedschaft diskutiert sowie konkrete Instrumente zur Beantragung finanzieller Mittel aus den regionalen Förderprogrammen der EU vermittelt wurden. Das HDPZ richtete zudem ein „Europäisches Informationszentrum“ ein, welches insbesondere für VertreterInnen von NRO, regionalen Institutionen und kommunalen Einrichtungen Informationen und Materialien zu aktuellen europäischen Projekten und Entwicklungen bereitstellen sollte. In der weiteren Projektplanung war die große Mehrzahl der Projektziele auf europäische Themen und die bevorstehende EU-Integration ausgerichtet, womit sich auch das Projekt in Schlesien in die lange Reihe der Arbeitsbereiche einreichte, die die FES in Polen unter dem Gesichtspunkt des polnischen EU-Beitritts bearbeitete.⁹⁰⁴

2.5. Die Projekte „Gewerkschaftskooperation Polen“ (Gewerkschaftsprojekt) und „Gewerkschaftskooperation für Mittel- und Osteuropa“ (regionales Gewerkschaftsprojekt)

Die seit 1991 in Form eines eigenständigen Projekts durchgeführte Gewerkschaftsförderung, für welche die Stiftung von Beginn an einen zusätzlichen Auslandsmitarbeiter sowie einen eigenen Stab an Ortskräften zur Verfügung stellte, ist eine der ältesten und umfangreichsten Arbeitslinien der FES in Polen. Eine Besonderheit des Gewerkschaftsprojekts war bis zum Ende der 1990er Jahre die feste Partnerbindung an die Gewerkschaft Solidarność. Während die Stiftung in ihren anderen Projekten im Rahmen des für sie charakteristischen Themenansatzes ohne feste Bindung mit verschiedenen Partnerorganisationen zusammenarbeitete, konzentrierten sich die Maßnahmen des Gewerkschaftsprojekts viele Jahre ausschließlich auf die Solidarność, deren Entwicklung von einer Oppositionsbewegung zu einer im demokratischen und marktwirtschaftlichen System handlungsfähigen Gewerkschaft gefördert werden sollte.⁹⁰⁵ Erst ab 1999 ergänzte die FES ihre Kooperation mit der Solidarność um eine langsam gedeihende Zusammenarbeit mit der postkommunistischen Gewerkschaft OPZZ, wobei sich die

⁹⁰³ Vgl. FES: Projektantrag Schlesienprojekt 1992, S. 7, 10; FES: Jahresbericht Polen (Schlesienprojekt) 1993, S. 19f.; Ibid. 1996, S. 4, 8; Maßnahmenlisten zum Schlesienprojekt 1992-2002; FES: Kursbogen Polen (Schlesienprojekt) 1997, 1998.

⁹⁰⁴ Vgl. Maßnahmenlisten zum Schlesienprojekt 1999-2002; FES: Kursbogen Polen (Schlesienprojekt) 2001.

⁹⁰⁵ Das Oberziel der Projektplanung lautete: „Die Solidarność als handlungsfähige Gewerkschaft findet ihren Platz in der Gesellschaft und in Europa.“ Vgl. FES: Kursbogen Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1997, 1998.

Stiftung zum Ziel setzte, einen Beitrag zur Überwindung der tiefen Spaltung der beiden Gewerkschaftsströmungen zu leisten sowie die Annäherung der OPZZ an den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und dessen Mitgliedsorganisationen zu forcieren.⁹⁰⁶

Eine weitere Neuerung im Jahr 1999 war die Integration der FES-Gewerkschaftsarbeit in Polen, Tschechien, der Slowakei und den baltischen Staaten in ein regionales Gewerkschaftsprojekt, welches von Warschau aus koordiniert wurde. Durch eine solche Zusammenlegung und zentrale Koordination der Gewerkschaftsförderung in der Region konnten zum einen finanzielle Mittel eingespart und zum anderen für alle am Projekt beteiligten Länder gemeinsam relevante Themen bearbeitet werden, die sich in wachsendem Maße aus den parallel verlaufenden EU-Beitrittsverhandlungen dieser Staaten sowie der länder- und regionenübergreifenden Präsenz multinationaler Unternehmen ergaben. Auch die Förderung der direkten Zusammenarbeit von Gewerkschaften der verschiedenen Länder wurde durch eine solche Projektkonzeption erleichtert. Seit der Einrichtung ihres regionalen Gewerkschaftsprojekts formulierte die FES ausschließlich für die gesamte Region gültige Ober- und Projektziele, setzte jedoch parallel dazu nach wie vor landesspezifische Schwerpunkte.

Die beiden Tätigkeitsschwerpunkte, die die FES seit Beginn ihrer Gewerkschaftsarbeit in Polen in der zunächst ausschließlichen Zusammenarbeit mit der Solidarność verfolgte, waren die Förderung des Aufbaus moderner und tragfähiger innergewerkschaftlicher Strukturen sowie die Qualifizierung für eine verstärkte betriebliche und politische Mitgestaltungsfähig-

⁹⁰⁶ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1999, S. 4; Ibid. 2000, S. 5; Ibid. 2001, S. 42. Nachdem 1980 die Solidarność als erste freie Gewerkschaft im damaligen Ostblock gegründet wurde, verbot die polnische Regierung durch die Verhängung des Kriegsrechts 1981 sämtliche Gewerkschaften im Land. Während die Solidarność erst im Jahr des Umbruchs wieder zugelassen wurde, wurde 1984 die Polnische Gewerkschaftsallianz OPZZ gegründet, die aus den staatlichen und im Zuge des Kriegsrechts verbotenen Zwangsgewerkschaften der 1970er Jahre hervorging. Wie alle staatlichen Gewerkschaften fungierte auch die OPZZ bis zur Wende als „Transmissionsriemen“ zwischen der kommunistischen Partei und der Arbeiterschaft. Als ausführendes Organ der Staatsmacht vertrat die OPZZ nicht die Interessen der ArbeiterInnen, sondern sah ihre primäre Aufgabe darin, das Erreichen der von staatlicher Seite vorgegebenen Produktionsziele zu sichern und andere staatliche Anordnungen möglichst reibungslos in den Betrieben um- bzw. durchzusetzen. Wie die meisten staatlichen Gewerkschaften Mittel- und Osteuropas, die den Umbruch überlebten, genoss auch die OPZZ nach 1989 aufgrund ihrer engen Verzahnung mit der Kommunistischen Partei nur geringes Ansehen innerhalb der Bevölkerung und zeigte sich für ihre neue Rolle als wirkliche Interessenvertretung der ArbeiterInnen gänzlich unvorbereitet. Bis 1997 war die OPZZ Mitglied im kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbund, suchte dann aber Kontakt zum EGB, in dem die Solidarność bereits seit 1995 Vollmitglied war. Gerade in den Anfangsjahren nach der Wende war das Verhältnis zur Solidarność äußerst angespannt. Während die konkreten Problemstellungen auf betrieblicher Ebene eine Kooperation zwischen beiden Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben zunehmend notwendig machte, herrschte auf nationaler und regionaler Ebene noch lange Zeit eine tiefe Feindschaft im mittleren und oberen Funktionärsbereich, die bis heute noch nicht vollständig überwunden werden konnte. Zur Entwicklung der OPZZ und ihrem Verhältnis zur Solidarność vgl. Chroscicki / Golinowska 1995, S. 83f.; Hantke 2002, S. 2ff.; Merkel 1999, S. 506, 511; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 170ff.; Greskovits 1998, S. 78; Nelson 1994b, S. 154f.; FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1991, S. 2f.; Ibid. 1992, S. 19; Ibid. 1997, S. 5; Ibid. 1999, S. 9f., 15.

keit.⁹⁰⁷ In den ersten Jahren ging es primär um die Stabilisierung und Professionalisierung der inneren Strukturen der Solidarność, wozu die FES insbesondere Schulungsmaßnahmen für GewerkschaftsfunktionärInnen zu Themen des Aufbaus und der Funktionsweise moderner Gewerkschaften sowie zu Organisations- und Finanzmanagement durchführte. Während die Bemühungen der Stiftung um eine Professionalisierung der Funktionärsarbeit schon in den Anfangsjahren durchaus Erfolge zeigten und die Vermittlung von Grundlagenqualifikationen sehr bald durch thematisch anspruchsvollere Aufbaukurse ergänzt werden konnte, musste die FES doch erkennen, dass aufgrund der hohen Fluktuation von EntscheidungsträgerInnen, von der in Polen nicht nur politische Institutionen, sondern in hohem Maße auch die Gewerkschaften betroffen waren, die FunktionärInnen nur in seltenen Fällen ihre Posten lange genug besetzten, um ihre erworbenen Kompetenzen in die ihnen untergeordneten Gewerkschaftsstrukturen hineinragen zu können. In der Erkenntnis, kaum einen von der Funktionärssebene ausgehenden *trickle down*-Effekt erreichen zu können, setzte die Stiftung ab Mitte der 1990er Jahre ihren Schwerpunkt auf den Auf- und Ausbau innergewerkschaftlicher Qualifizierungsstrukturen und konzentrierte sich im Zuge dessen vor allem auf die Ausbildung von MultiplikatorInnen, die dazu befähigt wurden, selbständig Schulungsseminare durchzuführen.⁹⁰⁸

Neben dem Aufbau und der Stärkung solcher innergewerkschaftlichen Strukturen förderte die FES auch die Fähigkeit der Solidarność, mit der nötigen inhaltlichen Kompetenz und einer professionellen Außendarstellung betriebliche und politische Entscheidungsprozesse aktiv

⁹⁰⁷ Gerade in den Anfangsjahren nach dem Umbruch zeigte die Solidarność deutliche Schwächen in ihrer Organisationsstruktur, die nicht zuletzt ihr Einflusspotential auf betrieblicher und politischer Ebene stark beeinträchtigten. Innerhalb der Gewerkschaft Solidarność, die sich zunächst in engem Schulterschluss mit der vom politischen Flügel der Solidarność getragenen Regierungskoalition befand und die radikalen Wirtschaftsreformen anfangs weitgehend bedingungslos mittrug, zeigten sich schon bald, insbesondere als die hohen sozialen Kosten der Reformen deutlich wurden, tiefe interne Zerwürfnisse und Zersplitterungstendenzen. Als sich mehrere kleinere Gruppen, wie etwa die „Solidarność 80“, als Protest gegen die ökonomische Radikalkur abspalteten, verlor die Struktur der Gewerkschaft stark an Stabilität. Die auch in den Folgejahren kaum abflauenden internen Auseinandersetzungen und die daraus hervorgehenden Zentrifugalkräfte machten die Erarbeitung einer gemeinsamen Linie und deren Vertretung gegenüber der Regierung äußerst schwierig. (Vgl. dazu FES: Jahresbericht Polen [Gewerkschaftsprojekt] 1992, S. 7; Ibid. 1993, S. 9; Ibid. 1997, S. 12; Ibid. 2003, S. 6; Chroscicki / Golinowska 1995, S. 84f.; Mansfeldová / Szabó 2000, S. 101; Merkel 1999, S. 511.) Ein weiteres entscheidendes strukturelles Defizit der Solidarność war von Beginn an ihre mangelnde Präsenz im Privatsektor sowie in KMU. Wie auch die ehemals staatlichen Gewerkschaften, die vor 1989 ausschließlich in Staatsunternehmen organisiert waren und es nach dem Umbruch kaum schafften, ihre Organisationsstärke in den Privatsektor hinein zu verlagern, gelang es auch der Solidarność nur unzureichend, in privaten Unternehmen Fuß zu fassen. Auch mehr als zehn Jahre nach der Wende waren nur in 15 Prozent der polnischen Privatunternehmen Gewerkschaften präsent, wobei es sich hierbei ganz überwiegend um Großunternehmen handelte. In kleinen und mittleren Privatbetrieben geht der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach wie vor gegen Null. Das Anwachsen des Privatsektors bedeutete in Polen daher das Schrumpfen der gewerkschaftlichen Organisationsbasis und damit auch der betrieblichen und politischen Mitgestaltungsfähigkeit. Vgl. Chroscicki / Golinowska 1995, S. 84; Hantke 2002, S. 6; FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1993, S. 3, 14; Ibid. 1994, S. 4; Ibid. 2002, S. 5; Ibid. 2003, S. 5.

⁹⁰⁸ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1992, S. 21; Ibid. 1993, S. 9; Ibid. 1994, S. 5; Ibid. 1998, S. 8f.; Ibid. 1999, S. 5; Ibid. 2001, S. 40; Ibid. 2002, S. 7; Ibid. 2003, S. 5, 7; Maßnahmenlisten zum Gewerkschaftsprojekt 1992-2003.

mitzugestalten. Die Stiftung veranstaltete dazu für gewerkschaftliche Führungskräfte Konferenzen, Seminare und Workshops, die die Fachkompetenz der TeilnehmerInnen zu Fragen der Tarif-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stärken sowie Instrumente der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermitteln sollten. Einen hohen Stellenwert räumte die FES dabei der Vorstellung relevanter deutscher Modelle und Erfahrungen ein, die den polnischen Partnern vor allem durch KurzzeitexpertInnen, Begegnungen mit deutschen GewerkschafterInnen sowie im Rahmen von Informationsbesuchen bei gewerkschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, und insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, vermittelt werden sollten. Auch in diesem Arbeitsbereich erschwerte die starke personelle Fluktuation die Erzielung nachhaltiger Bildungs- und Qualifizierungserfolge. Während die FES im Laufe der Jahre zwar einen gewissen Teil ihrer Maßnahmen durchaus auf die Bearbeitung spezifischer und anspruchsvoller Fragestellungen ausrichten konnte, gebot der häufige personelle Wechsel auf allen Ebenen, der immer wieder neue EntscheidungsträgerInnen mit hohem Qualifizierungsbedarf in gewerkschaftliche Führungspositionen brachte, eine stetige Wiederholung von Grundlagenschulungen.⁹⁰⁹

Gegen Ende der 1990er Jahre zog sich die Stiftung im Rahmen ihres nun regionalen Gewerkschaftsprojekts zunehmend aus derartigen Grundlagenschulungen zurück und richtete ihre Maßnahmen weitgehend neu aus. Zum einen suchte sie verstärkt Kontakt zu Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, um diese in einen intensiven und kompetenten Dialog mit den polnischen Gewerkschaften zu bringen.⁹¹⁰ Die FES setzte sich zum Ziel, durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen sowie deren gemeinsame Schulung zu Fragen der Arbeitsgesetzgebung und der Arbeitsbeziehungen, diese zu ermutigen und zu befähigen, die in den Aufgabenbereich der Sozialpartner fallenden Entscheidungen tatsächlich eigenverantwortlich und in bilateraler Kooperation zu fällen, ohne die

⁹⁰⁹ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1991, S. 7; Ibid. 1992, S. 21; Ibid. 1993, S. 6, 9; Ibid. 1998, S. 11; Ibid. 1999, S. 5; Ibid. 2000, S. 6; Ibid. 2001, S. 7, 40.

⁹¹⁰ Ein großes Defizit stellt in sämtlichen Ländern des Regionalprojekts die Schwäche der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände dar, die nach wie vor kaum in der Lage sind, eine komplementäre Rolle zu den Gewerkschaften einzunehmen. In Polen beispielsweise bildete sich im Zuge der 1989 gewährten Vereinigungsfreiheit der Polnische Arbeitgeberverband als erste Arbeitgeberorganisation des Landes heraus. 1993 umfasste der Verband 44 kleinere Vereinigungen, wobei zahlreiche weitere neu gegründete Arbeitgeberorganisationen dem Verband nicht beitraten. Nach wie vor geben die Arbeitgebervereinigungen, die sich nur langsam entwickelten und ähnlich wie die Gewerkschaften große Schwierigkeiten hatten, insbesondere im Privatsektor Fuß zu fassen, ein recht diffuses Bild ab. Sie stellen keine für bestimmte Branchen oder Regionen wirklich repräsentativen Organisationen dar, sind in aller Regel finanziell schwach ausgestattet, haben keine hinreichende fachliche Expertise und können somit keine starken Verhandlungspartner für die Gewerkschaften sein. Das System der Sozialpartnerschaft ist damit in Polen wie auch in anderen Ländern der Region insbesondere auf Arbeitgeberseite nur schwach entwickelt. Zur aktiven Mitgestaltung wirtschaftlicher und sozialer Entscheidungsprozesse zeigen sich die Arbeitgeberverbände daher kaum fähig und willens und überlassen diese weitgehend allein der Regierung. Vgl. Chrosicki / Golinowska 1995, S. 87; von Beyme 1994, S. 321; FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1991, S. 4f.; Ibid. 1993, S. 9; Ibid. 1998, S. 10; Ibid. 1999, S. 3, 13; Ibid. 2003, S. 6.

Entscheidungsgewalt wie bisher in großen Teilen oder in ihrer Gesamtheit an die Regierung abzutreten. Mit diesem neuen Arbeitsschwerpunkt bewegte sich die Stiftung zunehmend weg von ihrem bis dahin primären Fokus auf Qualifizierungsmaßnahmen, in deren Mittelpunkt der Wissens- und Erfahrungstransfer aus Deutschland stand, und konzentrierte sich nun verstärkt auf die Vermittlung von Kontakten und die Bereitstellung einer Dialogplattform mit dem Ziel, unterschiedliche Akteure zusammenzuführen und deren Informations- und Erfahrungsaustausch moderierend zu begleiten.⁹¹¹

Auch in der Förderung der grenzüberschreitenden Gewerkschaftskooperation wurde diese neue Tendenz der FES-Arbeit sichtbar, da sich die Stiftung nun weniger auf den direkten Expertisettransfer von Deutschland nach Polen konzentrierte, als vielmehr auf die Initiierung und Moderation der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gewerkschaften der am Regionalprojekt beteiligten Länder sowie ihrer Kooperation mit deutschen Gewerkschaftsorganisationen. Die Zusammenarbeit zwischen Einzelgewerkschaften der Solidarność und des DGB im deutsch-polnischen Grenzbereich forcierte die FES bereits seit Beginn der 1990er Jahre, wobei zunächst das Ziel im Vordergrund stand, die polnischen Gewerkschaften von Wissen und Erfahrungen der DGB-Gewerkschaften profitieren zu lassen. Seit der Gründung Interregionaler Gewerkschaftsräte (IGR) durch Mitgliedsorganisationen der Solidarność und des DGB an der deutsch-polnischen Grenze⁹¹² intensivierte die Stiftung ihr Engagement für eine solche Zusammenarbeit, die nun jedoch weniger von einseitigem Wissenstransfer als vielmehr von einem gleichberechtigten Dialog und der Erarbeitung gemeinsamer Positionen und Problemlösungen, vor allem in Hinblick auf den polnischen EU-Beitritt, gekennzeichnet war.⁹¹³

Neben vermehrten Maßnahmen zur Herstellung von Kontakten und Dialogmöglichkeiten für verschiedene gewerkschaftliche Akteure führte die FES nach wie vor zahlreiche Schulungs- und Informationsmaßnahmen durch, in deren Mittelpunkt nun zunehmend die konkreten Aufgaben standen, die sich den Gewerkschaften im Zuge des europäischen Integrationsprozesses stellten. Ziel der Stiftung war es, den polnischen Partnern zum einen Grundkenntnisse zur EU, ihren Verhandlungsmechanismen und Beitrittsanforderungen zu vermitteln und zum anderen Handlungsmöglichkeiten und Instrumente zur Mitgestaltung des polnischen Bei-

⁹¹¹ Vgl. Ibid. 1998, S. 10ff.; Ibid. 1999, S. 3f.; Ibid. 2000, S. 3f.; Ibid. 2001, S. 37ff.; Ibid. 2002, S. 4; Ibid. 2003, S. 9, 38; Maßnahmenlisten zum Gewerkschaftsprojekt 1998-2003; Interview 16.

⁹¹² Beispielsweise gründete der DGB-Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern und der Regionalvorstand der Solidarność in Westpommern 1995 den IGR „Pommerania“, mit dem Ziel der gegenseitigen Annäherung und darauf aufbauend der gemeinsamen Initiierung von Projekten im Grenzgebiet. 1996 wurde mit ähnlicher Zielsetzung der IGR „Viadrina“ ins Leben gerufen. Vgl. FES: Jahresbericht 1995, S. 48; Ibid. 1996, S. 48.

⁹¹³ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1991, S. 6; Ibid. 1992, S. 21; Ibid. 1998, S. 7f.; Ibid. 1999, S. 15; Ibid. 2000, S. 7; FES: Jahresbericht 1991, S. 61; Ibid. 1992, S. 50; Maßnahmenlisten zum Gewerkschaftsprojekt 1991-2001. In ihrem Jahresbericht zum Gewerkschaftsprojekt von 2003 spricht die Stiftung selbst von „nahezu einseitigem Wissenstransfer zu Beginn der 90er Jahre“. (FES: Jahresbericht Polen [Gewerkschaftsprojekt] 2003, S. 38.)

trittsprozesses aufzuzeigen. Dazu bot die FES beispielsweise Schulungen an, in denen polnische GewerkschafterInnen mit konkreten Instrumenten des Lobbying auf europäischer Ebene sowie mit Möglichkeiten der Beantragung und effizienten Nutzung von EU-Fördergeldern vertraut gemacht wurden.⁹¹⁴ Gerade von diesen so genannten „EU-Fit“-Seminaren, in denen die Partner lernten, selbständig EU-Gelder für weitere Projekte zu beantragen, versprach sich die Stiftung sehr nachhaltige Effekte, da die Ressourcen der FES den Bedarf nach Information, Schulung und Kontaktvermittlung bei weitem nicht decken konnten und somit Weiterführung und Ausbau der von der Stiftung initiierten Projekte häufig von der Erschließung zusätzlicher Finanzquellen abhängig war.

Ab Ende der 1990er Jahre waren fast sämtliche Maßnahmen der FES-Gewerkschaftsarbeit in Polen und Mittelosteuropa auf den bevorstehenden EU-Beitritt ausgerichtet, wogegen der Globalisierungsthematik deutlich weniger Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Selbst in ihrer Arbeitslinie zu multinationalen Unternehmen agierte die FES weitgehend innerhalb der Grenzen ihres Regionalprojekts. Aus der Erkenntnis, dass die Präsenz multinationaler Unternehmen die Ausarbeitung grenzüberschreitender Gewerkschaftsstrategien gebot, zog die Stiftung in Polen nicht die Konsequenz, die Vernetzung mit Gewerkschaften und Dachverbänden anderer Regionen oder gar Kontinente zu forcieren, sondern konzentrierte sich ganz überwiegend auf die Förderung der Kooperation zwischen Gewerkschaften der im Regionalprojekt integrierten Länder. Auch einzelne Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Fragen des Globalisierungsprozesses und dessen Auswirkungen auf die Gewerkschaftsarbeit in Polen und Mittelosteuropa gehen aus den vorliegenden Maßnahmenlisten nicht hervor.⁹¹⁵

2.6. Die Zusammenarbeit mit Parteien

Während Parteien in den meisten Entwicklungsländern des Südens zu den wichtigsten Partnern der deutschen politischen Stiftungen gehören, boten sich in Polen wie auch in der Mehrzahl der anderen mittel- und osteuropäischen Länder für eine solche Kooperation zunächst nur sehr ungünstige Voraussetzungen. Zum einen war der FES von Beginn an klar, dass sich vor dem Hintergrund der starken Zersplitterung, der hohen personellen Fluktuation sowie der programmatischen Desorientierung der polnischen Parteien keine stabile und längerfristig angelegte Zusammenarbeit herstellen ließ. Zum anderen gestaltete es sich für die FES gerade in den Anfangsjahren problematisch, mit der ihr am nächsten stehenden politischen Partei zu

⁹¹⁴ Vgl. Maßnahmenlisten zum Gewerkschaftsprojekt 1997-2003; FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 1998, S. 5, 12; Ibid. 1999, S. 3, 8; Ibid. 2000, S. 7; Ibid. 2001, S. 6, 37f.; Ibid. 2003, S. 5.

⁹¹⁵ Vgl. Maßnahmenlisten zum Gewerkschaftsprojekt 1999-2003; FES: Jahresbericht Polen (Gewerkschaftsprojekt) 2000, S. 4f.; Ibid. 2001, S. 5; Ibid. 2002, S. 10.

kooperieren. Für die KAS und die FNSt war es aufgrund der starken Zersplitterung und der hohen Dynamik im rechten Parteienspektrum zunächst schwierig, eine potentielle Partnerpartei überhaupt zu identifizieren. Für die FES kam die 1990 als Nachfolgepartei der kommunistischen Arbeiterpartei PZPR gegründete SdRP für eine Kooperation in Frage. Diese fand in der polnischen Bevölkerung aufgrund der Erinnerungen an das alte Regime zunächst jedoch so wenig Akzeptanz, dass die FES im Falle einer engen Zusammenarbeit mit dieser Partei eine negative Rückwirkung auf sich selbst hätte fürchten müssen.⁹¹⁶

Diese Faktoren sowie die Erkenntnis, dass die primäre Aufgabe einer politischen Stiftung insbesondere in den Anfangsjahren der polnischen Transformation die Förderung des Aufbaus staatlicher Institutionen, unabhängig von parteipolitischen Orientierungen, sein musste, veranlassten den damaligen FES-Vertreter in Warschau zu der Schlussfolgerung, dass „die Vorstellung, in einer exklusiven oder auch nur präferentiellen Partnerschaft mit bestimmten politischen Gruppierungen könnten längerfristig und strukturwirksam Entwicklungslinien beeinflusst [...] werden, [...] an den Gegebenheiten in den Transformationsländern vorbei[geht]“⁹¹⁷. Die Stiftung entschied sich daher zu einer von politischen Parteien distanzierten Arbeit, im Rahmen derer das Schulungs- und Beratungsangebot allen politischen Kräften und Gruppierungen unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit offen stand.

Erst Mitte der 1990er Jahre, als sich zum einen mit Gründung der Wahlbündnisse SLD und AWS das polnische Parteiensystem zu stabilisieren begann und zum anderen 1996 die Aufnahme der SdRP in die Sozialistische Internationale erfolgte, wurde zunächst die SdRP und nach deren Auflösung 1999 die SLD zur Partnerpartei der FES. Einerseits bekam die Arbeit der Stiftung dadurch im Vergleich zu früheren Zeiten einen deutlich stärkeren parteipolitischen Charakter. Andererseits betonte die FES stets, trotz der nun engen Zusammenarbeit mit der SLD in die Mehrzahl ihrer Maßnahmen VertreterInnen aller Parteien, außer der radikalen Rechten, einzubeziehen, mit dem Ziel, Dialog und Konsens zwischen den verschiedenen Kräften herzustellen.⁹¹⁸

⁹¹⁶ Vgl. Frantz 2000, S. 146; Phillips 1999, S. 90; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1991, S. 6; Ibid. 1992, S. 27. Allerdings schien der Ruf der SdRP bereits 1993 rehabilitiert, als sie einen großen Erfolg bei den Parlamentswahlen feiern konnte. Dies lässt darauf schließen, dass die polnische Bevölkerung schon nach wenigen Jahren die politischen Parteien weniger nach ihrer historischen Vergangenheit als vielmehr nach ihrer aktuellen (mutmaßlichen) Problemlösungskompetenz beurteilte.

⁹¹⁷ Grimm 1993, S. 3. Vgl. dazu auch Ibid., S. 8; Phillips 1999, S. 88f.

⁹¹⁸ Vgl. FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1998, S. 5; Ibid. 1999, S. 28.